

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 9

Artikel: Zu wenig Diskussion : zuviel Demagogie : Rudolf H. Strahms Polemik gegen François Masnata
Autor: Gross, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339745>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ständig, mit den Qualitäten seines dynamischen Temperaments, seines Wissens, seines Sinns auch für Systematik und politische Strategie, Antworten zu geben auf Fragen nach dem Wesen und dem Sinn von Selbstverwaltung, von «autogestionärem Sozialismus». Und er zögert nicht, zum Schluss, uns zu sagen, warum und dass jetzt – jetzt! – die Zeit des Handelns gekommen ist, in diesen finsternen Tagen.

*

Auch ich habe Angst vor Globalentwürfen. Auch ich fürchte den Zug zum Totalitären, der ins Spiel kommt,

Andreas Gross

Zuwenig Diskussion – Zuviel Demagogie

Rudolf H. Strahms Polemik gegen François Masnata

SPS-Zentralsekretär Strahm nahm sich in der letzten Nummer der Roten Revue vor, das neueste Büchlein von François Masnata («Mut zum Handeln», Z-Verlag) zu rezensieren und sich mit seinem Inhalt auseinanderzusetzen. Das Resultat war weder eine Rezension noch eine Auseinandersetzung, bloss eine vierseitige Polemik gegen Masnata und vor allem gegen jene Genossinnen und Genossen, die sich vermeintlich in dessen Schlepptau zu einer kritischen parteiinternen Meinungsgruppe, der «Gruppe Yverdon» (GY), zusammengefunden haben. Strahm jongliert dabei mit diffamierenden Unterstellungen, die der notwendigen Debatte in der SPS abträglich sind.

wenn Menschen als Vordenker für Menschen das jeweils einzige Programm zur Lösung aller Probleme anbieten. Es gibt da nur eine einzige Ausnahme, François Masnata weiss es und drückt es unmissverständlich aus. Er besteht darauf, dass niemand das Recht hat, den anderen «seine Lösung» aufzuerlegen, es sei denn, er kämpfe dafür, dass «alle die Wahl haben». Genau hier liegt der Kern des Projekts Selbstverwaltung.

François Masnatas Kampfschrift, gegründet auf den verschütteten ureidgenossenschaftlichen Traditionen, ist ein Appell. Er wird gehört werden.

Wir sollten uns alle in der SPS um eine gewisse Diskussionskultur bemühen, welche den Respekt vor dem anderen nicht vergisst, Nachdenklichkeit sowie die Bereitschaft zur Selbstkritik und zum Eingehen auf den anderen miteinschliesst, und nicht alles vorschnell verurteilt, was sich kritisch dem eigenen Aktivismus in den Weg stellt.

Absicht und Umfeld

Ich kann hier nicht auf alle Widersprüche eingehen, die mich an Strahms Darstellung stossen. Vor allem möchte ich mich auf die Frage nach der Funktion eines SPS-Programmes beschränken, allgemeiner gesagt auf das Verhältnis von Theorie und Pra-

xis in der Perspektive der Selbstverwaltung sowie auf das Selbstverständnis der Gruppe Yverdon als Ort kritischen Nachdenkens aktiver Sozialdemokraten.

Zuerst aber noch einige Worte zu Masnatas Pamphlet («Kampfschrift») im positiven Wortsinn. Zu fragen ist bei der Beurteilung eines Buches doch immer zuerst, in welcher Absicht es geschrieben wurde, von welchem Umfeld es geprägt ist.

Strahm sucht derzeit offenbar die «konkrete Darstellung von Selbstverwaltungsmodellen», die «Erläuterung deren Methodik». (Hierzu ein Tip: Jef Ulburghs, «Pour une pédagogie de l'autogestion», Paris/Brüssel 1980). Er muss gewusst haben, dass er dies von Masnata nicht erwarten kann. Erwarten durfte man vom Lausanner Politologieprofessor einen weiterführenden Beitrag zum gegenwärtigen Versuch der SPS, ihre politische Orientierungslosigkeit zu überwinden. Dies ist einerseits Ausdruck des historischen Wendepunktes, an dem sich die bürgerliche Gesellschaft und mit ihr die Arbeiterbewegung heute befinden, andererseits bedeutet sie aber für eine grosse Partei mit so viel Verantwortung wie die SPS auch eine schwere Hypothek. Diese lässt sich politisch nur abzahlen, indem man die notwendige Grundsätzlichkeit der Debatte aufnimmt, sie trotz aller tagespolitischer Aktualitäten nicht bloss als störend betrachtet und nicht einzuengen sucht.

Utopische und pragmatische Perspektive

Masnata weiss um sein beschränktes Aktionsfeld als Intellektueller. Er ist sich auch bewusst (im Unterschied zu Strahm?), dass gerade die

Selbstverwaltung als gleichzeitig utopische wie pragmatische politische Perspektive mit sich bringt, dass niemand für den anderen Rezepte vorgeben kann, anderen seine Lösung aufzwingen darf. Masnata will nur den vielen Skeptikern zeigen, dass es lohnt, sich für diese Perspektive politisch zu engagieren. Er will zeigen, dass eine selbstverwaltete Gesellschaft dem einzelnen mehr echte Wahlmöglichkeiten bietet, mehr wirkliche Freiheit.

In erster Linie beschäftigt ihn dabei das Problem, wie die Sphäre der jeder Gesellschaft immanenten Notwendigkeit und des Zwangs so organisiert werden könnte, dass sie nicht in den Gegensatz zur Grundidee der Selbstverwaltung gerät. Dabei geht es vor allem um die Funktion des Staates in einer selbstverwalteten Gesellschaft. Strahm und anderen minütlich in Anspruch genommenen Genossen mag dies als ein Problem erscheinen, das so weit vor uns liegt, dass es vernachlässigt werden kann. Meiner Meinung nach gehört es aber zu jenen Fragen, welche diejenigen, für die Selbstverwaltung mehr ist als ein rentabler Gag, beantworten müssen. Unvollkommenheit ist da immer noch besser als gar nichts.

Auch in den Adressaten Masnatas täuscht sich Strahm. Masnata möchte vor allem auch jene Mitglieder des neuen Mittelstandes zur Mitarbeit an einer gesellschaftlichen Reform bewegen, die in der Westschweiz vielleicht aufgeschlossener sind als in der Deutschschweiz, aber genau so davor zurückschrecken, in der SP mitzuwirken und eher resignieren. Im Originaltitel seines Buches (*Volonté d'Agir*) kommt besser zum Ausdruck, dass Masnata

zeigen will, weshalb sich der Willen zum Engagement lohnt, und weniger, in welchen Bahnen sich das Handeln abwickeln könnte, wie dies Strahm offenbar vor allem zeigen möchte. Dass Masnata dabei vielleicht den allgemeinen Optimismus überschätzt und – vermutlich wie Strahm – die emotionelle Kluft zwischen der SP und kritischen Nichtparteimitgliedern (Drittweltler, Jugendliche usw.) wahrscheinlich unterschätzt, mag mit dem Graben zwischen Deutsch und Welsch zusammenhängen, der mit sich bringt, dass die einen von den Diskussionen der anderen – und umgekehrt – so wenig mitbekommen.

Strahms gefährlicher Aktivismus

Die Überwindung der Orientierungslosigkeit der SPS: Das ist die Hauptaufgabe der gegenwärtigen Programmdebatte. Dies können «ein bis zwei Dutzend allgemein akzeptierte Leitsätze», wie dies Strahm postuliert, nicht leisten. Mit alten Formeln können wir die neuen Probleme nicht lösen. Ohne Theorie und breite Diskussion finden wir aber keine «allgemein akzeptierten» Wege in eine bessere Zukunft: Aus Strahms Programmverständnis spricht ein politisch gefährlicher technokratischer Aktivismus. Er erliegt der Gefahr, «Pädagokrat» zu sein, wenn er glaubt, es reiche aus, vom Parteitag einige allgemeine Leitsätze verabschieden zu lassen und deren Konkretisierung dann den Erwachsenenbildnern überlassen zu können. Abgesehen davon, dass man heute auch Fragen stellen muss, deren Antworten wir noch nicht haben, müssen wir endlich auf gewisse we-

sentliche Fragen Antworten erarbeiten, bevor wir sie popularisieren können.

Keine politische Praxis – vor allem entlang des gesellschaftlichen Abgrundes – ohne Perspektive, ohne Theorie. In der Roten Revue gewiss ein Allgemeinplatz. Und dennoch erliegt Strahm der Versuchung, Theoretiker zu diskreditieren. Nach dem alten bürgerlichen Schema: Praxis und Theorie stimmten nicht überein. Marxens Theorie erwies sich für Millionen als Theorie der Befreiung, obwohl er selber zu Hause seine Ehefrau mehr ausbeutete als befreite. Es gehört gerade zum Wesen des Kapitalismus, dass er viele von uns daran hindert, so zu leben, wie wir denken und wie wir uns dies wünschen. Dies ist keine billige Entschuldigung und gilt für Masnata, Strahm wie für mich selber auch.

Man kann von einem einzelnen auch nicht verlangen, Theoretiker, Pädagoge und Praktiker in einem zu sein. Diese Symbiose muss sich im Rahmen einer Partei verwirklichen, nicht in der Gestalt einer Person. Um so weniger bringt es, den einen im Namen des anderen zu diffamieren. Zumal es in der Schweiz eher zuwenig und nicht zuviel Theoretiker, kritische und unbequeme Fragesteller gibt. Und schliesslich hätte auch ein Pragmatiker wie Strahm beispielsweise in der Entwicklungspolitik nie etwas umsetzen und popularisieren können, wenn zuvor Theoretiker wie Myrdal oder Frank es nicht erkannt und Alternativen entwickelt hätten. Wobei ich hiermit nicht einer falschen Arbeitsteilung das Wort reden möchte, sondern nur zeigen will, dass wir aufeinander angewiesen sind.

Vollends unredlich argumentiert Strahm, wenn er aus Un-

kenntnis die politische Praxis der Mitglieder der Gruppe Yverdon zu diskreditieren sucht. Er wirft der bürgerlichen Presse zwar vor, Masnata als Antifigur zu überwerten, macht aber selber genau das gleiche. So behauptet Strahm, Masnata «verführe» und «trainiere» junge Genossen in «Selbsterfleischung», «fixiere» sie aufs «Antisyndrom» und «züchte seine Parteilinke» heran. Ob Strahm da seine Autoritätsgläubigkeit nicht zu schnell auf andere projiziert? Grosszügig übersieht er die teilweise sehr wesentliche Basisarbeit vieler an GY-Zusammenkünften teilnehmenden oder mit ihr

sympathisierenden Genossinnen und Genossen in Zürich, Biel, Genf, der Waadt und bei den Jusos. Strahm verkennt auch deren Bedürfnis nach kritischer Reflexion ihrer Rolle in der Partei, nach dem Sinn der Parteimitgliedschaft überhaupt. Ein solcher Ort kritischer Diskussion ist die Gruppe Yverdon. Dabei sind ihr die eigenen Schwächen wohl bewusst. Mit technokratischem Aktivismus ist ihr aber bestimmt nicht geholfen. Man muss sich fragen, wo Strahm die Basis für seine eigene politische Arbeit finden will, wenn er die Parteilinke derart leichtfertig vor den Kopf stösst.

sen, davon wirklich Gebrauch zu machen und ihr damit wieder vermehrt materielle Bedeutung zu geben. Andererseits ist ähnlich wie in der Diskussion um die Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften darauf zu beharren, dass die «Mitbestimmung» bzw. die «Selbstverwaltung» der Bediensteten des öffentlichen Sektors dort aufhört, wo die Rechte der Stimmbürger tangiert werden. Der Grundsatz der *Gesetzässigkeit der öffentlichen Verwaltung* soll mit anderen Worten auch weiterhin eine der tragenden Säulen der Eidgenossenschaft sein.

Hans Schmid

Selbstverwaltung als wirtschafts- und gesellschaftspolitische Strategie?

Bemerkungen zum Vorentwurf des neuen SPS-Programms

A. Das Problem

Der von der «Arbeitsgruppe für die Revision des Parteiprogramms» im April 1980 vorgelegte Vorentwurf eines neuen Programms der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz stellt bekanntlich die Selbstverwaltung in den Mittelpunkt. Gemäss Vorentwurf (Seite 38) heisst Selbstverwaltung: «Die Menschen nehmen die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme, von denen sie betroffen sind, gemeinsam selber in die Hand.» Dagegen ist grundsätzlich wohl kaum viel einzuwenden. Es ist für das ausserberufliche Leben schon jetzt eine Selbst-

verständlichkeit oder sollte es wenigstens sein. Die Konkretisierung des Grundsatzes der Selbstverwaltung kann in diesem Zusammenhang nicht viel anderes bedeuten als eine *Anleitung zu sinnvollen zwischenmenschlichen Beziehungen in Familie und Freizeit*.

Probleme ergeben sich, wenn die Selbstverwaltung auch in Staat und Wirtschaft postuliert wird. Im *direktdemokratischen Staat* hat die Bürgerschaft das letzte Wort. Insofern besteht schon jetzt – wenigstens formal – «Selbstverwaltung». Unsere – auch in einem neuen Programm festzulegende – Aufgabe besteht darin, die Bürger zu veranlas-

B. Die Selbstverwaltung in der Wirtschaft

In der Wirtschaft bedeutet Selbstverwaltung die Übernahme der Unternehmerfunktion und der sich aus den wirtschaftlichen Aktivitäten für den Fortbestand des Unternehmens ergebenden Risiken durch die im fraglichen Unternehmen Beschäftigten. Dieser Gedanke ist nicht neu.

I. Der geschichtliche Hintergrund

Sowohl in der Geschichte der Arbeiterbewegung als auch in der Geschichte der ihr zugrunde liegenden Theorien stossen wir verschiedentlich darauf. So vertraten schon die *Frühsozialisten Robert Owen* (1771–1858) und *Charles Fourier* (1772–1837) genossenschaftliche Ideale, für die sie erstaunlich viele Anhänger zu gewinnen vermochten. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit war entsprechenden Versuchen allerdings nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Etwa 100 Jahre später gelangte vorab in Frankreich, Ita-